

Österreichischer Demokratie Monitor

Zur Stärkung der
Demokratie in Österreich
2018/19

Anlässlich
100 Jahre Republik
schaffen wir **ein fundiertes
Messinstrument** mit höchster
Datenqualität für die **verlässliche
Orientierung über die Demokratie-
entwicklung** im Land, für das
**frühzeitige Erkennen von Warn-
signalen**, für die **Stärkung
der Demokratie** in
Österreich.

Impressum

Herausgeber und Hersteller:
SORA Institute for Social Research and Consulting
Ogris & Hofinger GmbH
Bennogasse 8/2/16
1080 Wien

Redaktion:
Dr. Florian Oberhuber

Grafikdesign:
Paul Trebo / Penthouse Perfection

Druck:
Walla

Kontakt:
Dr. Florian Oberhuber
demokratiemonitor@sora.at
Tel.: +43-1-585 33 44

www.demokratiemonitor.at

Für eine lebendige Demokratie!

Demokratie ist die Vision, dass wir unser Zusammenleben selbst organisieren können, ohne die althergebrachten Herrscher. Dass eine Regierung möglich ist, die im Dienst des Gemeinwohls steht.

Heute merken wir in vielen Ländern, dass dieses demokratische Versprechen unter Druck gekommen ist. Ökonomische Daten zeigen seit den 1970er Jahren eine zunehmende Vermögens- und Machtkonzentration in den OECD-Staaten. Diese Ungleichheit und die Macht des großen Geldes über Meinungen und (Ab-)Stimmungen sind eine Bedrohung für die Demokratie.

Wenn die Demokratie lebendig bleiben soll, dann müssen die Institutionen, die Parteien, PolitikerInnen und BürgerInnen die Vision einer gerechten Herrschaft und Gesellschaftsordnung erneuern und glaubwürdig verkörpern. Sonst wenden sich die Menschen von der Demokratie ab.

Mit dem Österreichischen Demokratie Monitor wollen wir mit unseren Möglichkeiten als SozialwissenschaftlerInnen einen Beitrag zu dieser demokratischen Erneuerung leisten: Entwicklungen aufzeigen, verlässliche Fakten bereitstellen, Diskussionen anregen und Öffentlichkeit schaffen.

Dass dieses Projekt in so kurzer Zeit realisiert werden konnte, erfüllt mich mit großer Dankbarkeit: für die ideelle und finanzielle Unterstützung von Weggefährten und FreundInnen, für die großartige Arbeit unseres Teams, für alle Verbündeten und Partner im gemeinsamen Anliegen einer lebendigen und starken Demokratie in unserem Land. Bleiben wir gemeinsam dran!

Mit herzlichen Grüßen,
Günther Ogris



@ Lukas Hgner

Ergebnisse der ersten Messung 2018

Österreich ist demokratisch gefestigt

100 Jahre nach Gründung der Ersten Republik ist die Demokratie in Österreich breit in der Bevölkerung verankert. Fast neun von zehn befürworten sie als beste Staatsform. Große Mehrheiten sprechen sich gegen eine Einschränkung unabhängiger Gerichte, Medien, der Meinungsfreiheit oder der Rechte der Opposition aus.

Doch: eine Viertelmillion gegen die Demokratie

Dennoch ist das autoritäre Gespenst nicht völlig aus dem Land verschwunden: vier Prozent der Bevölkerung – das sind rund eine Viertelmillion Menschen – sprechen sich klar gegen die Demokratie und für eine autokratische Herrschaft aus. Es bleibt daher eine Aufgabe für alle Institutionen und gewählten VertreterInnen, sich immer wieder klar zur Demokratie zu bekennen.

Warnsignale

In der tieferen Analyse zeigt der ÖDM, wie eine zunehmende ökonomische Unsicherheit die Zufriedenheit mit der Demokratie unter Druck gesetzt hat:

- Menschen mit schlechten Arbeitsmarktchancen, in prekären Beschäftigungen oder mit geringen Einkommen sind mehrheitlich unzufrieden damit, wie das politische System in Österreich funktioniert.
- Hinzu kommen Zukunftssorgen, die auch in der Mittelschicht auf die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie drücken.

Enttäuschung kann sich zu Politikverdrossenheit verfestigen

Die Zahlen des ÖDM zeigen diese Gefahr deutlich auf: Menschen mit weniger Bildung und finanziellen Ressourcen beteiligen sich signifikant weniger an Politik – von Wahlen bis zur Mitgliedschaft in Interessensvertretungen. Im Sinne einer lebendigen Demokratie sind diese Befunde ein Weckruf, den drohenden Kreislauf von Enttäuschung, fehlender Partizipation und mangelnder Repräsentation zu durchbrechen.

Die repräsentative Erhebung zum ÖDM 2018

Grundgesamtheit:

Menschen ab 16 Jahren mit Wohnsitz in Österreich

Stichprobengröße:

n=2.158, darunter n=300 Menschen im Alter von 16 bis 26

Erhebung:

Methodenmix telefonisch und online

Erhebungszeitraum:

30. August bis 8. Oktober 2018

In einer Demokratie ist eine hundertprozentige Zufriedenheit mit dem Status quo weder zu erwarten noch wünschenswert. Doch auf Dauer müssen die Menschen merken, dass die zentralen demokratischen Versprechen wie Gleichheit, Mitbestimmung und Wohlstand auch für sie gelten.

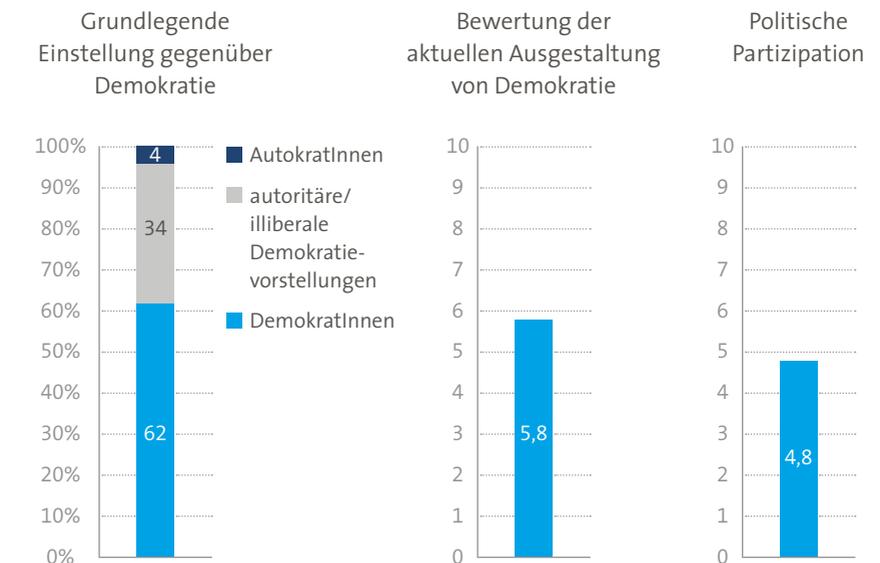
Martina Zandonella (Studienleiterin ÖDM)

Es ist eine bleibende Herausforderung für alle DemokratInnen, sich immer wieder neu um das Vertrauen der Menschen und den sozialen Ausgleich.

Es darf uns kein Mensch für die Demokratie verloren gehen.

Günther Ogris

Wie steht es um die Demokratie in Österreich?



Der Österreichische Demokratie Monitor erfasst drei Kennzahlen, anhand derer die Entwicklung der Demokratie in Österreich beobachtet werden kann. Gemeinsam geben sie in kompakter Form Auskunft über Veränderungen in den Einstellungsmustern, den Bewertungen und der Partizipation der Bevölkerung.

Ein großes Stück Wegs voran

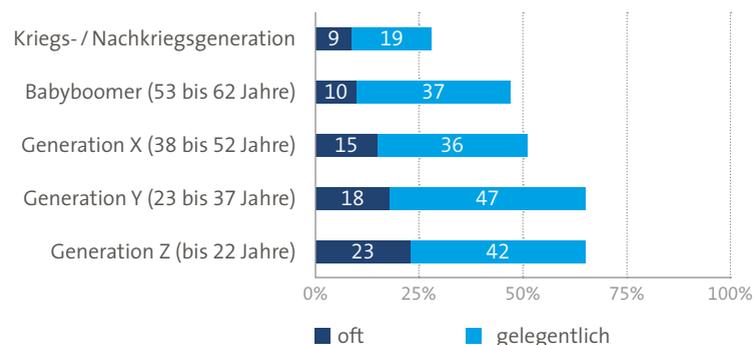
Die Zweite Republik brachte einen mächtigen Demokratisierungsschub

Der Österreichische Demokratie Monitor zeigt Frühwarnsignale, aber er spiegelt auch wider, wie sich Demokratie in Gesellschaft und Alltag verankert und zu mehr Freiheit und Mitbestimmung geführt hat.

So zeigen unsere Daten im Generationenvergleich einen deutlichen Demokratisierungsschub: Je jünger die Befragten, umso mehr konnten sie bereits in der Schule Demokratie leben und lernen.

Mitbestimmung im Generationenvergleich

Wie war das bei Ihnen als Kind: Wie oft konnten Sie in der Schule mitbestimmen, also z.B. Vorschläge einbringen oder sich an Entscheidungen beteiligen?



Aus unserer Forschung wissen wir, dass sich junge Menschen für politische und soziale Themen interessieren. Das schulische Umfeld bietet eine große Chance, dieses Interesse für die politische Bildung abzuholen. Dafür braucht es aber ausreichend Zeit und Ressourcen, auch für die Lehrkräfte.

Martina Zandonella (Studienleiterin ÖDM)



© Wiener Zeitung / Simon Rainsborough

Die Jungen sind die Zukunft der Demokratie

Schwerpunktthema Jugend im Auftrag des Österreichischen Parlaments

Jede Generation bringt neue Fragen in die Demokratie hinein. Daher hat das Österreichische Parlament einen Sonderschwerpunkt im ÖDM beauftragt: Wie denken junge BürgerInnen im Alter von 16 bis 26 Jahren über die Demokratie? Wie erleben und gestalten sie ihre Rolle im politischen Prozess?

Positives Demokratiebewusstsein

Die jungen Menschen stehen der Demokratie sehr positiv gegenüber. Auch den demokratischen Institutionen vertrauen die jungen Menschen im selben Ausmaß wie die ältere Bevölkerung. In Bezug auf die Europäische Union ist das Vertrauen der jungen Menschen höher.

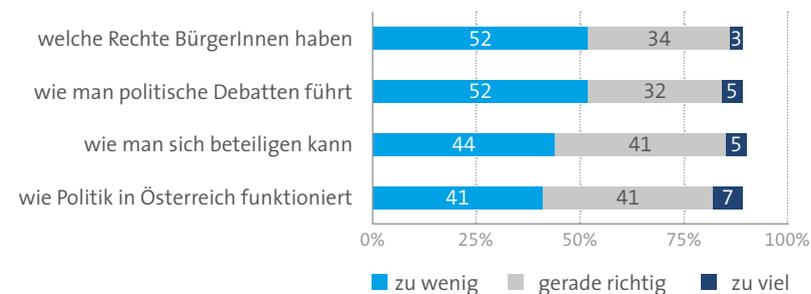
Abgesehen von der Teilnahme an Wahlen beteiligen sich die jungen Menschen besonders häufig im direkten Umfeld – in der Schule, der Arbeit oder der Nachbarschaft. Ihr Engagement liegt hier sogar über jenem der älteren Bevölkerung.

Politische Bildung aus Sicht der Jungen ausbaufähig

Wie funktioniert Politik, wie führt man politische Debatten, welche Rechte hat man als BürgerIn und wie kann man sich beteiligen? Eine Mehrheit der Jungen ist der Ansicht, in diesen Fragen zu wenig politische Bildung erhalten zu haben.

Mehr politische Bildung gewünscht

16- bis 26-Jährige: Haben Sie in der Schule gelernt ...



Studie. Österreichs Bürger sind mehrheitlich gegen einen Ausbau der Telefonüberwachung und gegen eine Einschränkung des Demonstrationsrechts. Die Mehrheit fühlt sich frei, doch viele orten auch eine weltweite Verschwörung gegen sich.

Freiheit ist wichtiger als mehr Sicherheit

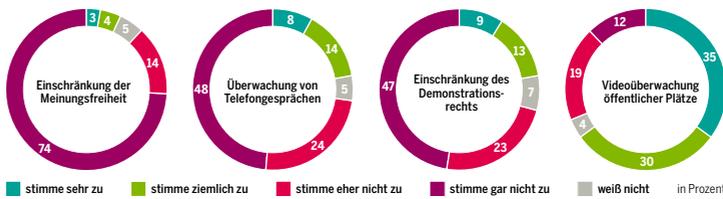
VON PHILIPP AICHINGER

Wien. Es ist eine Diskussion, die gerade in den vergangenen Jahren neue Nahrung gewonnen hat. Soll der Staat die Überwachungsmaßnahmen ausdehnen, um für mehr Sicherheit zu sorgen? Oder ist es wichtiger, die Freiheit der Bürger zu erhalten?

Österreichs Bevölkerung schlug sich laut einer am Dienstag veröffentlichten Studie eher auf die Seite der Freiheit. So spricht sich eine deutliche Mehrheit gegen neue Maßnahmen zur Überwachung von Telefongesprächen oder zur Einschränkung der Meinungsfreiheit aus. Auch der politisch immer wieder diskutierten Einschränkung des Demonstrationsrechts wird eine klare Absage erteilt. Eine deutliche Mehrheit gibt es hingegen für den Ausbau von Videoüberwachung an öffentlichen Plätzen.

Konkret wurden die Bürger mit der Frage konfrontiert: „Angenommen, die Bundesregierung kündigt folgende Maßnahme zur Erhöhung der Sicherheit/Einschränkung der Freiheit an. Stimmen Sie dieser sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht zu?“ Die Ergebnisse (siehe Grafik) sind Teil der Studie „Freiheitsindex Österreich 2018“. Sie wurde vom Meinungsforschungsinstitut SORA im Auftrag des Neos Lab, der Bildungsakademie

UMFRAGE: Angenommen, die Bundesregierung kündigt folgende Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit/Einschränkung der Freiheit an – würden Sie zustimmen? (Quelle: SORA (2018) befragte Personen mit Wohnort in Österreich ab 16 Jahren. Grafik: „Die Presse“ ©K)



diesbezüglich nicht oder eher nicht den Vorrang geben. Jeder ist seines Glückes Schmied. Wer sich anstrengt, kann es auch zu etwas bringen können mehr als zwei Drittel zustimmen.

Viele fühlen sich kleingehalten

Leider wird man auf dem Weg nach oben aber dann von einer globalen Verschwörung behindert. Das meint zumindest die Mehrheitsmeinung. „Die Mächten“, um Men- „Ich habe zwei den Kurz gewählt, damit was weitergeht, aber jetzt habe ich meine Zweifel“, könnte eben ein Schichtenphänomen sein. Nach einer – zugegeben kühnen – These könnte sogar der relative Rückgang der ausgesprochen autoritären Einstellungen in der Bevölkerung darauf hinweisen, dass die autoritär geneigten Personen mit der jetzigen Regierung zufrieden sind. Maßstab ist die sogenannte „Führer“-Frage, die vor allem vom SORA-Institut, aber auch von anderen Instituten wieder gestellt wird. Sie lautet: „Es sollte einen starken Führer geben, der sich nicht um Parlament und Wahlen kümmern muss“. Das ist schon hardcore.

Die Menschen, die diese Frage mit „stimme sehr zu“ und „stimme ziemlich zu“ beantworten, machen 2018 rund 18 Prozent aus. Das ist, man glaubt es kaum, ein Fortschritt, denn 2008 waren es 24 Prozent (!) und 2017 noch 23 Prozent. Im Jahr 2007 waren es noch 14 Prozent. Dann kamen 2008 die Finanzkrise und eine lange Periode von Unklarheit und Streiterei in der rot-schwarzen Koalition, die 2017 ihren Höhepunkt erreichte und zugleich mit Sebastian Kurz?

Ausbruch aus der Koalition ihr Ende fand. Seither sehen sich um fünf Prozentpunkte weniger Menschen nach einem autoritären Führer, was man, wie gesagt, auch damit erklären kann, dass ihre Sehnsüchte erfüllt scheinen.

Es würde zusammenpassen mit der Tatsache, dass das autoritäre und illiberale Potenzial in Österreich in Wahrheit noch höher ist, nämlich ein sattes Drittel beträgt. Dies geht aus dem jüngsten „Demokratie-Monitor“ des SORA-Institutes hervor. Demnach finden zwar beruhigende 90 Prozent, dass die Demokratie die beste Staatsform sei. Aber etliche können die Demokratie problemlos mit der Vorstellung vereinigen, essenzielle Rechte wie Meinungs- und Versammlungsfreiheit, Medienfreiheit, Unabhängigkeit der Gerichte etc. einzuschränken. Und das sind 34 Prozent!

Aber eben 34 Prozent gehören zu denen, die laut Martina Zandonella vom SORA-Institut zwar „der Demokratie nicht ablehnend gegenüberstehen, jedoch ambivalent sind (können also auch dem „Führer“ etwas abgewinnen) und Einschränkungen im Bereich der Opposition, Gerichte, Medien oder Meinungs- und Versammlungsfreiheit befürworten.“

Diese Betrachtungsweise gebe laut Zandonella a) „Auskunft über den tatsächlichen Anteil an Autokratinnen“ (nämlich 34 Prozent) und vorweise b) „darauf, dass die größere Gefahr für die Demokratie in Österreich nicht der plötzliche und völlige Systemsturz, sondern eine eher schlechtere Illiberalisierung ist, wie wir sie ja auch in anderen Ländern beobachten.“ Ungarn, Polen und Italien lassen grüßen. hans.rauscher@derstandard.at

terreich arbeiten, acht von zehn befürworten den Verzicht auf Zölle, und 53 Prozent halten es für einen Vorteil, wenn es keine Grenzkontrollen innerhalb der EU gibt.

Und wie passt der Wunsch der Bürger nach Freiheit in der Studie mit Wahlergebnissen zusammen, in denen Parteien mit dem Thema Sicherheit zuletzt stark punkten konnten? Das Ansprechen von Ängsten habe „sicherlich eine mobilisierende Kraft, während es Mobilisierungen für die Freiheit eigentlich nicht gibt“, analysierte SORA-Studienautor Günther Ogris auf Nachfrage. Bei der Präsentation der Studie am Dienstag im Neos Lab war auch die pinke Parteichefin, Beate Meinl-Reisinger, dabei. Sie erklärte, dass gerade bei der Debatte rund um Innenminister Herbert Kickl (FPÖ) das Thema Grundrechte politisch thematisiert worden sei. Das Gefühl vieler Bürger, dass man den Mächtigen ausgeliefert sei, erkläre sie mit dem Ignorieren von Anliegen, die aus der Bevölkerung kommen wie etwa dem Nichtraucherschutz in Lokalen. „Die

Bürger müssen das Gefühl haben, dass sie etwas bewegen können. Es darf keine Partizipation sein wie bei den jüngsten Volksbegehren, bei der dann über die Bürger drübergegangen wird“, meinte Meinl-Reisinger.

Leute wollen, dass die EU Probleme löst Und auch die Europäische Union müsse ihren Teil tun, damit die Bürger wieder stärker der Politik vertrauen. „Die Leute wollen, dass die EU große Themen angeht. Aber gerade bei diesen ist sie oft nicht handlungsfähig“, analysierte die Neos-Klubchefin.

Bei der Präsentation der Studie Freiheit sehr wichtig ist, freute die Liberalen-Chefin naturgemäß. Auf die Frage, warum die Neos dann mit diesem Thema bei Wahlen nicht mehr Stimmen lukrieren konnten, ging sie aber nicht näher ein. Zum Thema Freiheit wird die pinke Akademie jedenfalls in den nächsten Jahren Folgestudien in Auftrag geben. Dadurch will man künftig auch wissen, in welche Richtung sich das Freiheitsgefühl der Bevölkerung verschiebt.

Die Presse, 13. 2. 2019

Für Demokratie ist, wer ihren Nutzen spürt

Eine Umfrage zeigt: Österreich ist eine gefestigte Demokratie. Doch es gibt eine Gruppe, die ihr den Rücken gekehrt hat.

WIEN. 100 Jahre nach der Gründung der Republik ist die Demokratie fest in der Bevölkerung verankert. Neun von zehn Österreichern sehen in ihr die beste Staatsform, weil sie garantiert, dass trotz unterschiedlicher Meinungen gemeinsam Lösungen gesucht werden. Nur eine verschwindende Minderheit von vier Prozent wünscht sich eine autokratische Herrschaft durch einen „starken Mann“. – Das sind die Kernergebnisse einer neuen Umfrage des SORA-Institutes.

Die Österreicher haben demnach ein breites Demokratieverständnis. Demokratie besteht für sie nicht nur aus dem Wählen, sondern auch aus der Gewaltenteilung, der Rechtsstaatlichkeit, dem Minderheitenschutz, der Bürgerbeteiligung und vor allem aus dem sozialen Ausgleich.

Dieser letzte Punkt ist es, der Anhänger und Skeptiker der Demokratie spaltet: Personen, die ihre finanzielle Zukunft sehr gut abgesichert sehen, sind laut der

Umfrage zu mehr als drei Viertel mit dem Funktionieren der Demokratie zufrieden. Hingegen sind Personen, die finanzielle Zukunftsorgen haben, nur zu 40 Prozent zufrieden. Mehr als 85 Prozent dieser Gruppe fühlen sich von der Politik auch nicht mehr gehört.

Nur vier Prozent träumen vom „starken Mann“

Bedenklich ist, dass gerade diese Personen sich wenig um Politik kümmern. Ein Fünftel von ihnen geht auch nicht mehr wählen.

Studienautorin Martina Zandonella sieht in diesen Zahlen ein Warnsignal: „Die Menschen müssen merken, dass die zentralen Versprechen der Demokratie – Gleichheit, Mitbestimmung und Wohlstand – auch für sie gelten“, erklärt sie. Ansonsten bestehe die Gefahr, dass das politische System als Ganzes auf Ablehnung stoße. **pur**

Doch davon scheint Österreich weit entfernt zu sein. Bei der Umfrage zeigten sich zwei Drittel der Befragten überzeugt, dass die Demokratie in Österreich gut funktioniert. Das Vertrauen in Institutionen wie Polizei, Justiz und Verwaltung liegt zwischen 60 und 75 Prozent. Schlechter schneiden das Parlament mit 48, die Regierung mit 43 und die EU mit 39 Prozent ab.

Auf die Frage, wie die Demokratie verbessert werden könnte, wurde am häufigsten (63 Prozent) der Ausbau der Arbeitnehmerrechte genannt, es folgten der Wunsch nach mehr Bürgerbeteiligung sowie nach einer Stärkung der Unabhängigkeit der Gerichte und der Medien.

Die hier zitierte Studie nennt sich „Österreichischer Demokratie Monitor 2018“. Es handelt sich um eine besonders große und damit besonders genaue Umfrage unter mehr als 2000 Österreichern. Durchgeführt wurde sie vom Meinungsforschungsinstitut SORA im Auftrag großer Institutionen wie ÖGB und Industriellenvereinigung.

Österreichischer Demokratie Monitor im Diskurs

Mit über 100 Medienclippings – unter anderem am Cover des Standard – ist der Österreichische Demokratie Monitor fest in der journalistischen Öffentlichkeit angekommen und hat sich in kurzer Zeit als Referenz für die öffentliche Debatte etabliert.

Über die Medienöffentlichkeit hinaus ist uns die direkte Diskussion besonders wichtig. Wir bedanken uns bei allen KooperationspartnerInnen für die Möglichkeit, die Erkenntnisse des ÖDM in den Diskurs einbringen zu können:

11. Oktober 2018

Kickoff zur Veranstaltungsreihe DEMOKRATIE! im ausgebauten „Reitersaal“ der ÖKB in Wien.

Kooperation mit der Wiener Zeitung

12. Oktober 2018

Pressekonferenz im Presseclub Concordia, erste Vorstellung des ÖDM und seiner FörderInnen.

6. November 2018

ORF-Dialogforum zum Thema „Ist die Demokratie in Europa in Gefahr?“, Podiumsdiskussion mit Günther Ogris.

Report Spezial: „100 Jahre Republik – Wie stark ist unsere Demokratie?“ – Präsentation von Ergebnissen des ÖDM und erstmals Diskussion mit zwölf auf Basis des ÖDM repräsentativ ausgewählten Österreicherinnen und Österreichern am „rot-weiß-roten Tisch“.



© ORF / Hans Leitner

„Report Spezial: 100 Jahre Republik – Wie stark ist unsere Demokratie?“ – Zwölf repräsentativ aufgrund des ÖDM ausgewählte Personen diskutieren mit Susanne Schnabl im ORF-Studio.

14. November 2018

Präsentation der Ergebnisse des ÖDM im Rahmen einer parlamentarischen Veranstaltung im Palais Epstein; Diskussion der Ergebnisse mit den JugendsprecherInnen der Parteien.

https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2018/PK1277/index.shtml

<https://www.parlament.gv.at/SERV/FOTO/VER/835173/8166321.shtml>



Parlamentssprecher Karl-Heinz Grundböck moderiert eine Diskussion der Ergebnisse des ÖDM 2018 mit SprecherInnen der Parteien im Palais Epstein.

November 2018

Publikation „Der ORF und die Demokratie“ im Studienband „Der Auftrag Demokratie“ (ORF Public Value Studie 2018)

https://zukunft.orf.at/rte/upload/texte/qualitaetssicherung/2018/orf_public_value_studie_demokratie_2018.pdf

Jänner 2019

Veröffentlichung Fokusbericht Demokratie Monitor 2018,

<https://demokratiemonitor.at>

Veröffentlichung Sonderauswertung zu den jungen Menschen,

<https://www.parlament.gv.at/SERV/STUD/DEMENTW/index.shtml>

9. Jänner 2019

Gastvorlesung am Institut für Politikwissenschaft, Universität Wien

29. Jänner 2019

Vortrag zum ÖDM an der des FH des WIFI Wien

Februar 2019

Die Zeitschrift *polis aktuell* richtet sich speziell an Lehrkräfte und bereitet Themen für die Verwendung im Unterricht auf. Die Ausgabe 2019/01 ist ganz dem ÖDM gewidmet.

Kooperation mit dem zentrum polis

Februar 2019

Eine Ausgabe der *Informationen zur Politischen Bildung* widmet sich dem Thema „Demokratiebewusstsein stärken“ und beinhaltet einen Beitrag zu den Ergebnissen des ÖDM.

Kooperation mit dem forum politische bildung

23. Februar 2019

Präsentation des Freiheitsindex Österreich auf Basis der Daten des ÖDM.

Kooperation mit dem NEOS Lab



Präsentation des Freiheitsindex mit Beate Meinel-Reisinger, Birgit Allerstorfer und Günther Ogris.

4. April 2019

Zweite Veranstaltung im Rahmen der Reihe DEMOKRATIE! zum Thema „Europa zwischen politischer Vision und kommerziellem Nutzen“

Kooperation mit der Wiener Zeitung

9. April 2019

Key Note „Wie messen wir die Qualität unserer Demokratie?“, Veranstaltung des Klub Demokratie

13. Juni 2019

Dritte Veranstaltung im Rahmen der Reihe DEMOKRATIE! zum Thema „Demokratische Erneuerung“

Kooperation mit der Wiener Zeitung

Ausblick 2019

Juni–August

Empirische Datenerhebung für den ÖDM 2019

August

Veröffentlichung der Daten der ersten Welle des ÖDM im AUSSDA – The Austrian Social Science Data Archive

Oktober–November

Präsentation der Ergebnisse des ÖDM 2019 (Pressekonferenz, Veranstaltung in Kooperation mit dem Österreichischen Parlament)



© Wiener Zeitung / Simon Rainsborough

DEMOKRATIE!

Die Veranstaltungsreihe zum ÖDM

Die Zukunft der Demokratie ist unsicher geworden. Rund 900.000 Ergebnisse bringt eine Google Suche nach der Wortkombination „future of democracy“. – Qualitätsmedien weltweit befassen sich mit dem Thema.

Kooperation mit der Wiener Zeitung

In Zusammenarbeit mit der Wiener Zeitung haben wir daher eine Diskussionsreihe konzipiert, die den ÖDM inhaltlich vertieft und begleitet. Die Veranstaltungsreihe „DEMOKRATIE!“ bringt Persönlichkeiten aus dem In- und Ausland ins Gespräch über:

MACHT: Wer hat sie, wer kontrolliert sie, was bedeutet Populismus?

UNGLEICHHEIT: Wie viel Ungleichheit verträgt die Demokratie?

EUROPA: Retter oder Totengräber für die Demokratie?

MEDIEN: Wer rettet die Wahrheit im digitalen Ozean?

JUGEND: Was bringt die Demokratie der nächsten Generation?

Hochkarätige Gäste

In den ersten beiden Veranstaltungen diskutierten:

- **Ulrike Liebert**, Universität Bremen, Jean Monnet Center for European Studies
- **Claude Longchamp**, 30 Jahre politischer Kommentator im Schweizer Fernsehen und gefragter Analytiker in internationalen Medien
- **Philippe Narval**, Geschäftsführer des Europäischen Forums Alpbach
- **Paul Schmidt**, Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik
- **Robert Vehrkamp**, Direktor des Programms „Zukunft der Demokratie“ der Bertelsmann Stiftung
- **Martina Zandonella**, Studienleiterin Österreichischer Demokratie Monitor beim SORA-Institut

Mit freundlicher Unterstützung der ERSTE Stiftung.

Gefördert von der Kulturabteilung der Stadt Wien, Wissenschafts- und Forschungsförderung.

Demokratie Monitor macht Schule

Ein herzlicher Dank an Patricia Hladschik und das Zentrum polis für die Initiative, das Thema Demokratie und den ÖDM für den Schulunterricht praktisch aufzubereiten.

Demokratie: miteinander reden und Lösungen suchen

„Miteinander reden und Lösungen suchen“, das bedeutet Demokratie für ÖsterreicherInnen im Alltag. Dieses Motto hat das Zentrum polis für ein Schwerpunktheft zum Thema Demokratie in der politischen Bildung genommen, das im Februar 2019 erschienen ist:

- Welches Demokratieverständnis haben Menschen, die in Österreich leben?
- Was bedeuten Demokratie und Partizipation?
- Und wie kann man Demokratie messen und die Ergebnisse von Statistiken und Umfragen einschätzen und einordnen?

Praktische Aufbereitung für den Unterricht

In praktischen Unterrichtsbeispielen können sich die SchülerInnen mit verschiedenen Partizipationsmöglichkeiten beschäftigen; sie lernen, einen Fragebogen auszufüllen und gemeinsam auszuwerten und setzen die

Ergebnisse in Beziehung zu anderen Resultaten.

(mehr unter www.politiklernen.at/demokratieverstaendnis)

Ebenfalls dem Thema Demokratie widmet sich Ausgabe 44 der Informationen zur Politischen Bildung unter dem Titel „Demokratiebewusstsein stärken“: <http://www.politischebildung.com/pdfs/fpb-44-online.pdf>



DEMOKRATIEVERSTÄNDNIS



- Demokratie messen?
- Einstellungen zur Demokratie
- Junge Menschen und Demokratie
- Arbeiten mit Umfragen und Statistiken
- Unterrichtsideen, Materialien und Links



Ein großer Dank

Der Österreichische Demokratie Monitor ist ein Jahr alt. WIR DANKEN allen Weggefährten und FreundInnen, Förderern und Kooperationspartnern, die sich für die gemeinsame Sache eingesetzt und die Verwirklichung möglich gemacht haben!

Besonders danken wir für die finanzielle Unterstützung:



Für die gemeinsame Konzeption der Veranstaltungsreihe DEMOKRATIE! danken wir Wolfgang Renner und der Wiener Zeitung.

Für die Zusammenarbeit bei der Veröffentlichung und Dissemination der Ergebnisse des Österreichischen Demokratie Monitors danken wir unseren Kooperationspartnern:



